

Tabelle II. Zusammenstellung der wahrgenommenen Verhandlungstermine, ihrer Ergebnisse und der angefertigten Schriftsätze.

Table with columns: Ort bzw. Name des Sekretariats, Es wurden Verhandlungen persönlich wahrgenommen, Die Vertretung endete in Fällen, Direkt nachweisbares finanzielles Ergebnis, Die angefertigten Schriftsätze betrafen. Rows list various locations like Berlin, Bremen, Duisburg, etc., with numerical data.

es sich hierbei um Unfälle handelte, nicht nur auf das Inkrafttreten des III. Buches der Reichsversicherungsordnung zurückzuführen sein, sondern auf die am 12. August 1914 im Reichsversicherungsamt stattgefundene Konferenz zur Beratung über Maßnahmen, die auf dem Gebiete der berufsgenossenschaftlichen Verwaltung im Hinblick auf die Kriegsergebnisse erforderlich wurden.

Regelung des Arbeitsmarktes nach Friedensschluss.

Eine städtische Versammlung tagte auf Einladung des Reichsamts des Innern am Freitag, den 30. April d. J. im Reichstagsgebäude. Zur Erörterung standen Fragen, welche die Arbeitsbeschaffung für heimkehrende Kriegsteilnehmer und die Regelung des Arbeitsmarktes nach Friedensschluss betreffen.

Geleitet und eröffnet wurde die Sitzung durch Staatssekretär Dr. Delfs, der bezüglich des Zweckes der Sitzung ungefähr folgende Ausführungen machte: Die Frage der Volksernährung während des Krieges ist gelöst; die Vorbereitungen für das nächste Erntehar sind im Gange.

schon zu einer recht bedeutsamen gemacht. Die gestellten Aufgaben sind während des Krieges dank der Mitarbeit aller Beteiligten gut gelöst worden. Schwieriger sind schon die Ueberleitung der Verhältnisse aus den Kriegsjahren in den Friedenszustand. Die Entwicklung dafür ist nicht vorauszuweisen.

- 1. Maßnahmen der Arbeitsnachweisverbände: a) Herausgabe von Adressenverzeichnis der sämtlichen nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweise des Bezirkes. b) Anregung zur Erziehung und zum Ausbau öffentlicher Arbeitsnachweise an geeigneten Orten.

mern bei der Arbeitsvermittlung aufgeben und in Zukunft mit den Arbeitsnachweisen gleichfalls in Verbindung treten. Die Entlassung der Krieger erfolge am besten in ihren bisherigen Wirkungskreis; dort finden sie bekannte Verhältnisse und einen festen Haft.

Die Aussprache über Maßnahmen der Arbeitsnachweise wurde eingeleitet durch interessante Ausführungen des Oberregierungsrats Neumann, der eine Ueberlicht über die vorhandenen Arbeitsnachweiseinrichtungen, gleichzeitig aber auch über die Zerplitterung der Arbeitsvermittlung gab.

Bezüglich der Maßnahmen der Arbeitgeber stellten die Vertreter der Arbeitgeberverbände in Aussicht, daß die Meldung offener Stellen an organisierte Arbeitsnachweise erfolgen werde. Die Meldung könne selbstverständlich nur an einen Arbeitsnachweis erfolgen.

Stellenbesitzer an die Arbeitsnachweise vor dem Krieg verhalten. Der den guten individuellen einer Reg. zusammengeorganisierten gefördernden kommen werden. der vier oben Einber und in Maßnahmen weites füt

Die schäftigt an industrielle gutgeheiß gebracht be 1. Es Dankbarkeit Vaterland zuzuführen, der Gesellf 2. Sod die Heilung zuzuführen, f und Hilfsbä inen in C einen neuen fähig zu beitskraft in schädlich. Den da Allgemeinde bürger freu 3. We find verhebe weitestem H werden.

Die Ar Schrenpsfä Kriegsberleht trieben ange lenen und Verhältnisse Sie wü Amosen zu gen entpred 4. Die Kriegsinvalit triebsmittel Sie ist hierz Allgemeinhel Nöthigkeiten, Gesamtheit 2 Wir be tzung und k dam noch g an die jetig ginn. Die Opfer der S her als ein Dankbarkeit , Ehrenpsfä

Eine an bayerische G schäften auf itzigen, auf fehrüberwalt ihr Beschäfti Reberjes, du Gewerkschaft balnerverbar diesen Reberj gegeben. nun die Ver Berufung a brobachte A Gesamtknaits Eruchen ger mungen zu weise noch a Die Ant vom Ministe geidneten S teiche der b Arbeiter zu men, noch T lungen überz kommt die p nicht in Betro

Stellungsvermittlung sei notwendig. Ferner wurde an die Militärverwaltung der Wunsch gerichtet, vor Vergabe von Weeresaufträgen die Arbeitsverhältnisse in den Betrieben zu prüfen.

Der Verlauf der ganzen Sitzung ließ alleseitig den guten Willen erkennen, im Interesse einer schnellen Unterbringung der Kriegsteilnehmer und einer Regelung des gesamten Arbeitsmarktes zusammenzuarbeiten. Die Forderung der Arbeiterorganisationen, noch während des Krieges zu einer gesetzlichen Reform der Arbeitsnachweisfrage zu kommen, muß angesichts der Sitzung aufgegeben werden. Immerhin ist das gemeinsame Vorgehen der vier verschiedenen Arbeiterorganisationen nicht ohne Einfluß auf die Gestaltung der Dinge geblieben und wird früher oder später doch zu gesetzlichen Maßnahmen und zur Reform des Arbeitsnachweises führen.

in eine schriftliche oder auch mündliche Erörterung der in dem Gesuch genannten Nachfrage zurzeit einzutreten. Infolgedessen bin ich der Ansicht, daß bei dieser Sachlage die Angelegenheit auf sich beruhen kann."

Mit andern Worten: Vorläufig wird der Revers nicht angewandt, für die Zukunft aber bleibt er bestehen. Die Antwort drückt sich um den Kern der Sache herum wie die Sache um den heißen Brei.

Zum Verteidiger des Herrn Kirdorf wirt sich die „Deutsche Volkswirtschaft, Korrespondenz“ auf, die dem preussischen Handelsminister Dr. Sydow folgendes Verzeichnis ins Album schreibt:

„Der Handelsminister scheint in diesem Falle eine wenig glückliche Hand gehabt zu haben, indem er den Bergarbeitern die Erfüllung von Wünschen in Aussicht stellte, ohne die geringste Gewähr für deren Vollziehung übernehmen zu können. Das ist immer möglich, denn Hoffnungen sind erweckt worden, deren Befriedigung eine gereizte Stimmung der Bergarbeiter gegen die Bergwerksbesitzer auslösen muß. Minister v. Sydow konnte sein Wohlwollen für die umgehende Ausgestaltung der Einigungsämter gar nicht zum Ausdruck bringen, ohne die langwierigen Verhandlungen der letzten Jahre über dasselbe Thema sich gegenwärtig zu halten. Er mußte also besser wie jeder andere wissen, welche Gründe dem Ausbau der amtlichen Streitschlichtung bisher im Wege standen. Ueber diese Gemüthsstände dürfte ein Minister nur hinwegsehen, wenn er davon überzeugt war, daß während des Krieges an den zuständigen Regierungsstellen ein völliger Umschwung der Auffassungen in Sachen der Einigungsämter erfolgt sei. Hierüber liegt ein Nachweis zurzeit aber nicht vor. Jedenfalls reicht die Einbeziehung auf die hochverehrte Begeisterung, mit der in der Not des Vaterlandes auch die gewerkschaftlichen Arbeiter zu den Waffen geiffen haben, für eine Entscheidung wirklich nicht aus, die die allgemeingültigen sachlichen Bedenken gegen eine Streitschlichtung nichtfreiwilligen Charakters in Arbeiterlohnfragen gleichfalls gebührend in Anschlag bringen muß.“

Hier steht der Fehler im Verhalten des Handelsministers. Der Nutzen von obligatorischen Einigungsämtern bleibt auch dann sehr fragwürdig, wenn an der patriotischen Gefinnung der gewerkschaftlichen Organisationen nicht zu zweifeln ist. Und diese sachlichen Momente bedingen die Stellungnahme der Arbeitgeber, die mit gutem Gewissen die Unterstellung abweisen können, daß ihnen an einer friedlichen Beilegung der aus dem Arbeitsvertrage entspringenden Konflikte nichts gelegen sei. Wir halten es für wahrscheinlich, daß die Wege zu einer besseren Sicherung des Arbeitsfriedens, nach dem Kriege nochmals einer eingehenden Prüfung unterzogen werden; um so weniger war es dringlich, schon jetzt inmitten des Krieges übereile Entschlüsse zu fassen, deren weitere Folgen vorerst schwer erkennbar sind. Wenn jetzt eine gewisse Konfliktstimmung unter den Bergarbeitern Platz greift, wer trägt an ihr die Schuld? Die Arbeitgeber keinesfalls! Was aber wird erst nach dem Kriege, in ein bis zwei Jahren, an sozialpolitischen Forderungen an die Oberfläche kommen!

Es werden demnach auch nach dem Kriege noch mancherlei Schwierigkeiten zu überwinden sein, die sich einer gesunden Fortführung der Sozialreform entgegenstellen.

Die Lage des Arbeitsmarktes im März, also im 8. Kriegsmonate, zeigt nach dem „Reichsarbeitsblatt“ denselben lebhaften Beschäftigungsgrad der meisten deutschen Gewerbe, der seit einer Reihe von Monaten für die Wirtschaftslage kennzeichnend ist. Einige Industrien haben im März noch eine weitere Steigerung ihrer Tätigkeit erfahren.

Nach den Berichten der einzelnen Unternehmungen und Verbände wies der Kohlenbergbau ungewöhnlich starke Nachfrage auf. In verschiedenen Gebieten ist noch eine weitere Erhöhung des Absatzes und der Förderung eingetreten. Auch die Kobaltenerzeugung verzeichnete im März eine Steigerung. Insbesondere macht sich eine weitere Verbesserung des Beschäftigungsgrades bei den Stahl- und Walzwerken geltend. Auch die übrigen Zweige der Metallindustrie haben, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, eine Steigerung der Tätigkeit erfahren. In der Maschinenindustrie behauptete sich im Berichtsmonate nicht nur die lebhafteste bisherige Beschäftigung, sondern der Tätigkeitsgrad vergrößerte sich teilweise im Vergleich zum Vormonate noch; ähnliches gilt auch für die elektrische Industrie. Die chemische Industrie und das Spinnstoffgewerbe wies im ganzen keine wesentliche Veränderung auf; einzelne Abwägungen stehen hier anderweitigen Erleichterungen in der Beschäftigung gegenüber. Für den Baumarkt kann über eine wesentliche Besserung noch nicht berichtet werden.

Die Nachwirkungen der Krankenkassen ergaben für die in Beschäftigung stehenden Mit-

glieder am 1. April dem Anfang des Vormonats gegenüber eine geringfügige Abnahme der männlichen Beschäftigten um 1,01 v. S. und eine Zunahme der weiblichen Beschäftigten um 2,07 v. S. Insgesamt haben die Beschäftigten um 0,23 v. S. zugenommen. Die Verminderung der männlichen Beschäftigung geht auf neue Einberufungen zum Weeresdienst zurück.

Die Arbeitslosigkeit hat sich weiterhin verringert. Von den 1,14 Millionen Mitgliedern, über welche von 38 Fachverbänden für den März berichtet wird, waren 3,4 v. S. gegenüber 5,1 v. S. im Vormonate arbeitslos.

Bei den berichtenden Arbeitsnachweisen ist die Zahl der Arbeitssuchenden im Verhältnis zu der der offenen Stellen im März bei den männlichen Personen sowohl dem Vormonate gegenüber wie besonders im Vergleich zum März 1914 erheblich zurückgegangen, bei den weiblichen Personen dagegen gestiegen. Auf 100 offene Stellen kamen nur 98 männliche, dagegen 152 weibliche Arbeitssuchende.

Nach den Berichten der Arbeitsnachweisenverbände hat sich der Arbeitsmarkt in Brandenburg, Berlin wie in Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Bremen im allgemeinen noch günstiger als im Vormonate gestaltet. Besonders machte sich im März auch in Schlesien eine erhebliche Steigerung der Tätigkeit der Arbeitsnachweise und eine erfreuliche Besserung im Beschäftigungsgrade geltend. Auch in Sachsen-Anhalt entwickelte sich der Arbeitsmarkt im März in der gleichen Richtung wie in den Vormonaten. In Hamburg haben sich die Beschäftigungsverhältnisse für die männlichen Personen weiterhin wesentlich gebessert. Ebenso gestaltete sich die Lage des Arbeitsmarktes in Bayern und Württemberg wesentlich besser als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Für Schleswig-Holstein wird die Gesamtlage als dauernd günstig bezeichnet. In Posen und Kommer überstieg die Nachfrage nach Arbeitskräften das Angebot von Arbeitern. Ebenso ist in Westfalen der Arbeitermangel nicht geringer geworden. Im Rheinland, in Sassen-Nassau und Sassen wie in Baden sind wesentliche Veränderungen auf dem Arbeitsmarkte nicht eingetreten.

Ein gutes Mittel gegen den Lebensmittelwucher. Die Polizeiverwaltung in Düsseldorf hat eine „weiße Liste“ von solchen Geschäftsleuten angelegt und veröffentlicht, die ihre Waren unter den bestehenden Durchschnittspreisen abgeben. Die Behörde hofft, auf diese Weise den Preistreibern auf dem Lebensmittelmarkt zuzumachen Steuern zu können. Vorbedingung für die Erreichung dieses Zieles ist allerdings, daß die Konsumenten in Düsseldorf diese „weiße Liste“ beachten und bei den aufgeführten Geschäftsleuten ihren Bedarf decken. Unter diesen Voraussetzungen könnte das Düsseldorfer Vorbild auch andernorts zur Nachahmung empfohlen werden.

Kriegshilfe der deutschen Genossenschaften für Ostpreußen. Auf Anregung der Kriegszentrale des Hanja-Bundes haben sich am 13. April in Königsberg der Allgemeine Verband Schulze-Delitscher Genossenschaften, der Raiffeisenverband, der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Hauptverband gewerblicher Genossenschaften zu einem Kriegserverband ostpreussischer Genossenschaften zusammengeschlossen, durch den die genossenschaftliche Arbeit für den Wiederaufbau Ostpreußens nutzbar gemacht werden soll. Insbesondere hat der Kriegserverband sich zu diesem Zweck auch die Gründung und Leitung von Rohstoff- und Lieferungs-genossenschaften der ostpreussischen Handwerker und Kleinhandlärer zur Aufgabe gestellt.

Ein Markstein in der Entwicklung des deutschen Genossenschaftswesens ist dieser 13. April und die Königsberger Tat. Auch hier hat der Krieg ausgleichend und befruchtend gewirkt. Unter Zurückstellung aller Gegensätze und aller Einzelmühen haben sich zum ersten Male in Deutschland alle Richtungen der Genossenschaften zu einmütiger und gemeinsamer organisatorischer Arbeit zusammengefunden, in dem alle bestrebenden Streben, die genossenschaftlichen Erleichterungen und den Segen genossenschaftlicher Arbeit der schwer geprüften Provinz Ostpreußen dienlich zu machen.

In der Freude über das Gelingen des schwereren Werkes wurde von den Führern der ostpreussischen Genossenschaften allerseits der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß dieser erstmalige organisatorische Zusammenschluß aller deutschen

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 7. Mai 1915.

Die Fürsorge für die Kriegsteilnehmer beschäftigt auch den Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller, dessen Vorstand folgende Leitsätze aufgestellt und den Mitgliedern zur Kenntnis gebracht hat:

1. Es ist ein Gebot der Menschlichkeit und der Dankbarkeit, die Krieger, die im Kampfe für das Vaterland Invaliden geworden sind, der Arbeit wieder zuführen, damit sie sich weiter als nützliche Glieder der Gesellschaft fühlen.

2. Sache des Staates und der Gemeinden ist es, die Fehlung der Kriegsinvaliden auf ihre Kosten durchzuführen, für Beschaffung von künstlichen Gliedmaßen und Hilfsvorrichtungen (Prothesen) Sorge zu tragen, ihnen in Schulen Gelegenheit zu geben, wenn nötig einen neuen Beruf zu erlernen, kurz sie wieder arbeitsfähig zu machen — und sie für die verminderte Arbeitskraft in Form einer Rente genügend zu entschädigen.

Den dadurch erschwerten Anforderungen an die Allgemeinheit gehen auch die Arbeitgeber als Staatsbürger freudig und dankbar ihre Zustimmung.

3. Alle Bemühungen von Staat und Gemeinden sind vergebens, wenn der Kriegsinvaliden nicht in weitestem Umfange wieder Arbeitsplätze eingeräumt werden.

Die Arbeitgeberchaft erkennt es daher als ihre Ehrenpflicht an, und sieht ihre besondere Aufgabe darin, kriegsverletzte Angehörige und Arbeiter, die ihren Betrieben angehören, wieder aufzunehmen und beim Anlernen und Umlernen zu unterstützen, soweit dies die Verhältnisse im einzelnen irgend gestatten.

Sie würde es für verfehlt halten, diesen ein Almosen zu geben, sie will sie vielmehr ihren Leistungen entsprechend entlohnen.

4. Die Industrie bringt durch Einstellung von Kriegsinvaliden ein Opfer, da sie mit ihnen ihre Betriebsmittel nur in geringerem Maße ausnützen kann. Sie ist hierzu bereit und erhält dadurch sich und der Allgemeinheit das Kapital an geistigen und praktischen Fähigkeiten, das die kriegsinvaliden Arbeiter in ihrer Gesamtheit darstellen.

Wir begrüßen dieses Vorhaben mit Genugtuung und hoffen, daß nach diesen Grundätzen auch dann noch gehandelt wird, wenn die Erinnerung an die jetzige große Zeit etwas zu verblasen beginnt. Im übrigen kann man nicht wohl ein Opfer der Industrie nennen, was man kurz vorher als ein „Gebot der Menschlichkeit und der Dankbarkeit“ und weiter als Erfüllung einer „Ehrenpflicht“ bezeichnet hat.

Eine ausreichende Antwort hat jetzt das bayerische Staatsministerium den freien Gewerkschaften auf ihre Eingabe, den Streikreviers zu beiseitigen, zukommen lassen. Die bayerische Verkehrsverwaltung verlangt bekanntlich von den bei ihr Beschäftigten Suchenden die Unterzeichnung eines Reverses, durch den sie sich verpflichten, den freien Gewerkschaften und auch dem Süddeutschen Eisenbahnerverband fernzubliesen. Alle Bemühungen, diesen Revers zu beseitigen, sind bisher vergeblich gewesen. Im November vorigen Jahres haben nun die Vertreter der freien Gewerkschaften, unter Berufung auf die während des ganzen Krieges beobachtete Pflichttreue der Eisenbahner, an das Staatsministerium eine Eingabe mit dem Ersuchen gerichtet, „reflexlos alle Ausnahmebestimmungen zu beseitigen, die bisher unbedingterweise noch aufrecht erhalten sind.“

Die Antwort darauf ist jetzt erfolgt. In dem vom Ministerpräsidenten Frdn. v. Hertling unterzeichneten Schreiben heißt es, daß zurzeit im Bereiche der bayerischen Verkehrsverwaltung weder Arbeiter zur ständigen Verwendung neu angenommen, noch Tagelohnbedienten in die Beamtenstellungen übergeführt werden. Bei dieser Sachlage kommt die praktische Handhabung des Reverses nicht in Betracht, und es erübrigt sich deshalb auch,

